
Jörg Bürmann

Verbund oder Vertrag?

Linke Diskussion nach 1989



Jörg Bürmann, geb. 1972 in Essen, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Angewandten Kulturwissenschaften in Münster, veröffentlicht demnächst „Die Gesellschaft nach der Arbeit“ im Lit-Verlag, Münster.

Nach dem längst verstummen Jubel über das „Ende der Geschichte“ und jener episodischen Kapitalismuseuphorie, welche den Globus nach dem Zusammenbruch des Sozialismus erfasst hatte, ist bereits seit geraumer Zeit eine regelrechte Renaissance antikapitalistischer Positionen zu beobachten. Doch die historische Zäsur von 1989 hat eine nichtkapitalistische Systemalternative derart umfassend delegitimiert, dass derzeitige Gegenentwürfe nur noch in der Auseinandersetzung mit den binnensystemischen Ableitungen der verbliebenen Marktgesellschaft formuliert werden. Die verheerende Bilanz des untergegangenen Staatssozialismus mag den Übertritt bislang etatistischer Gesellschaftskonzeptionen zur Marktform einsichtig erscheinen lassen. Gleichwohl steht eine kritische Überprüfung des liberalen Modernisierungskonzeptes nach wie vor aus, wie das Scheitern etwa kommunitärer, post- oder zweitmoderner Reprogrammierungsversuche überdeutlich macht. Wie also steht es um die Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus?

Ein nachfordistischer Gesellschaftsvertrag?

Der Neoliberalismus der ersten Stunde ist politisch gescheitert, dies räumen auch die Kritiker aus den eigenen Reihen ein.¹ Unter dem Eindruck insbesondere seiner sozialen Spaltungstendenzen und der ihm zugewiesenen ökonomischen Instabilitäten haben die Gegner des Neoliberalismus zu einer Erneuerung des Gesellschaftsvertrages unter globalen Bedingungen aufgerufen.² Erhofft wird in der Regel eine gesellschaftliche Restabilisierung nach dem

1 Vgl. John Gray, Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen, Berlin 2001.

2 Vgl. exemplarisch Oskar Negt (Hrsg.), Die zweite Gesellschaftsreform, Göttingen 1994; Joschka Fischer, Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution, Köln 1998.

Vorbild des Fordismus, jener historisch einmaligen, relativ krisenfreien Reformkonstellation also, welche der Kapitalismus in der Nachkriegszeit herausgebildet hatte. In dieser posthum verklärten Idylle gründete der Industriekapitalismus auf einem abgestimmten Dreieck aus tayloristischer Produktionsweise, keynesianistischer Wirtschaftssteuerung (im Falle der Bundesrepublik gleichwohl nur für einen sehr begrenzten Zeitraum) und sozialstaatlichem Ausgleich. Es ist jedoch nicht nur fraglich, ob durch politische Verabredungen eine ähnlich kohärente Gesellschaftsformation auch bei weitgehenden Konzessionen an den spontanen Selbstlauf des Globalkapitalismus entstehen könnte. Vielmehr muss sogar angezweifelt werden, ob der Bezugspunkt, das sozio-ökonomische Projekt des Fordismus, überhaupt als Gesellschaftsvertrag verstanden werden kann, denn tatsächlich basierte es auf Zugeständnissen, mit denen, wie sich später herausstellen sollte, das Kapital unerwartet gut leben konnte.³

Wenn der nachfolgende Neoliberalismus trotz seiner offenkundigen ideologischen Borniertheiten und sozioökonomischen Fehlannahmen politische Hegemonie erlangen konnte, so hängt dies damit zusammen, dass der staatsinterventionistische Ansatz des Keynesianismus bereits seit den frühen 1970er-Jahren in eine ernsthafte Krise (wirtschaftliche Stagnation, Absinken der Profitraten, Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit etc.) geraten war. Der Fall des Sozialismus hat eindrucksvoll bewiesen, dass seine Regulierungs- und Steuerungstechniken mit den Restrukturierungsprozessen, von denen der Westen sich eine Revitalisierung der Akkumulation erhoffte, unvereinbar wurden. Doch auch der Neoliberalismus scheiterte in den 1990er-Jahren nicht nur politisch, sondern ebenfalls ökonomisch, misst man ihn an seinen eigenen Versprechungen. Die Überakkumulation des Kapitals konnte trotz der neoliberalen Restrukturierungsoffensive nicht aufgehalten werden - ablesbar an der sich verschärfenden, unter dem Stichwort des Kasinokapitalismus verhandelten „Scherenentwicklung zwischen der Realökonomie und der Finanz- und Kreditsphäre“,⁴ die den Annahmen einer strukturellen Erhöhung der Profitraten widerspricht.⁵ Die systemischen Zumutungen, von der Politik des Neoliberalismus als marktnotwendige Reformen vermittelt, haben sich als nicht erfolgversprechend erwiesen. Dort, wo die Senkung der Arbeitslosigkeit nicht über statistische Bereinigungen, sondern durch neoliberale Reformen erreicht werden konnte, ging sie häufig einher mit einer Senkung der sozialen Standards oder einem gleichzeitigen Anstieg der working poor. Vor allem das ungelöste Problem der Massenarbeitslosigkeit und die sog. Gerechtigkeitslücke führten wie in der Bundesrepublik zur Abwahl sogar jener Politik, welche sich weitaus zögerlicher als der angelsächsische Kapitalismus an das neoliberale Paradigma der Marktsteuerung angepasst hatte.

Sozialdemokratische Korrekturen

Mit ihrer „Synthese aus sozialdemokratischer Tradition und liberalen Politikkonzeptionen“⁶ beanspruchte die Neue Sozialdemokratie in den 1990er-Jahren, eine Neujustierung des

3 Vgl. Jörg Huffscheid/Elmar Altvater, Ein Gespräch über „politischen Kapitalismus“, „Stamokap“, Wettbewerbsfähigkeit und vieles andere, in: PROKLA 4/1998, S. 660.

4 Joachim Bischoff, Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Systemkrise oder Rückkehr zur Prosperität?, Hamburg 1999, S. 48.

5 Vgl. Joachim Bischoff/Richard Detje, Finanzgetriebenes Akkumulationsregime oder neue Ökonomie?, in: Mario Candeias/Frank Deppe (Hrsg.), Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime-Shareholder Society-Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie, Hamburg 2001, S. 122.

6 Thomas Meyer, Wie sich die Sozialdemokratie erneuert, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 5/1999, S. 454.

sozialstaatlichen Klassenkompromisses herbeigeführt zu haben. Der „Dritte Weg“ (Anthony Giddens), an dem sich mehr oder weniger alle sozialdemokratischen Parteien Europas beteiligten, sollte jenes lang ersehnte postfordistische Anschlussmodell erproben, welches sowohl den unstrittig obsoleten keynesianistisch-fordistischen Komplex als auch den krisenverschärfenden Marktradikalismus des Neoliberalismus gleichermaßen zu überwinden versprach. Gleichwohl stellte die Neue Sozialdemokratie trotz ihrer semantischen Distanz zum Neoliberalismus seine sozioökonomischen Vorleistungen nicht in Frage, sondern zielte allenfalls auf eine Erhöhung der sozialen Verträglichkeit des postfordistischen Kapitalismus. So gesehen steht die Neue Sozialdemokratie für den zeitweise erfolgreichen Versuch, den konservativen Neoliberalismus zu ersetzen und ihn zugleich durch die Inklusion bislang vernachlässigter Sozialgruppen hegemonial abzusichern.⁷ Wenn mittlerweile auch die Mehrheit sozialdemokratischer Regierungen bzw. Regierungsbeteiligungen wieder abgelöst wurde, dann dürfte dies damit zusammenhängen, dass auch ein sozialdemokratisch regulierter Neoliberalismus kein kohärentes Konzept für die Bewältigung der sozialen und ökonomischen Desintegrationsprozesse des gemeinen Neoliberalismus entwickeln konnte. Zwei künftige Entwicklungen sind denkbar: Sieht man das Scheitern auch eines sozialdemokratisch moderierten Neoliberalismus in einem weiter vorhandenen Übermaß an staatlicher Regulierung, dann stünde eine noch konsequentere Aufwertung der Marktsteuerung an, die den weiteren Zerfall des Gesellschaftsvertrages in Kauf nehmen müsste. Tendiert man zu der Auffassung, gerade die Abwesenheit von Regeln und Schranken habe die gegenwärtige Krise der postfordistischen Wirtschaft bewirkt, ginge es um umfassende, global koordinierte Re-Regulierungsmaßnahmen, wie sie auch im Kontext der eingangs bereits erwähnten Renaissance des Antikapitalismus verhandelt werden.

Innerkapitalistische Revisionen und neuer Antikapitalismus

Über den politisch-programmatischen Gegensätzen, die der heutige Antikapitalismus thematisiert, liegt kein Glanz einer transzendierenden Verheißung mehr. [...] Eine Kritik des Kapitalismus ist heute etwa so sinnvoll wie eine Kritik des schlechten Wetters.⁸

Außerhalb des neosozialdemokratischen oder neugrünen Reformspektrums der Zweitmoderne existiert nach wie vor eine nachkommunistische Linke, die ebenso mit der postfordistischen Transformation des Kapitalismus konfrontiert ist und, ob parlamentarisch oder außerparlamentarisch organisiert, seit geraumer Zeit in das von der Sozialdemokratie hinterlassene Vakuum drängt. So wie das sozialdemokratische Paradigma der Nachkriegszeit auf eine Regulierung der kapitalistischen Verkehrsformen zielte, begnügt sich der gegenwärtige Neo-Antikapitalismus weitgehend mit der Perspektive einer Re-Regulierung des entgrenzten Kapitalismus. Ein ernsthafter Diskurs über eine Systemalternative hingegen findet auch hier nicht statt, eben weil die erneute Aushebelung privatkapitalistischer Verkehrsformen nach 1989 undenkbar erscheint. Aus dieser resignativen Systemakzeptanz rührt

7 Vgl. Mario Candeias, Der Neoliberalismus als neue Entwicklungsweise, in: Michel Albert/Joachim Bischoff/Mario Candeias u.a., Ein neuer Akkumulationstyp? Vom Manager- zum Aktionärskapitalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2000, S. 25f.

8 Rolf Peter Sieferle, Zurück zur Utopie. Kann sich der Antikapitalismus noch mit der Wirklichkeit verbünden?, in: Berliner Zeitung vom 5.7.2000, S. 12.

letztlich ein recht pragmatischer, folgenloser „Salonantikapitalismus“,⁹ der im Wesentlichen zwei miteinander korrespondierenden Reaktionen auf den Globalisierungskomplex entspringt: zum einen dem verstärkten Interesse an den Konsequenzen der allumfassenden Kapitallogik für das Kulturelle,¹⁰ zum anderen einem vor allem in Frankreich zu beobachtenden Antikapitalismus mit eindeutigen Politisierungserfolgen, der die gesellschaftlichen und sozialen Konsequenzen einer globalisierten, deregulierten Wirtschaft verhandelt.¹¹ In seiner relevanten Ausprägung beruht jedoch auch dieser Antikapitalismus weitgehend auf einer verkürzten Kritik des Kapitalismus und einem unkritischen Begriff des Staates, welcher als positiver Gegensatz in Form des Wohlfahrts- und Sozialstaats zum deregulierten Markt interpretiert wird, „statt beide als notwendige aufeinander angewiesene Kategorien warenkapitalistischer Vergesellschaftung zu betrachten“.¹² So reduziert sich die Kritik am Kapitalismus vornehmlich auf eine Kritik des Finanzkapitals, welches ursächlich für die gesellschaftlichen und ökonomischen Instabilitäten nicht nur in der Peripherie, sondern auch in den Metropolen verantwortlich gemacht wird. Die globalisierungskritische Bewegung ATTAC¹³ etwa, die als zentrale Forderung die Einführung der sog. Tobintax¹⁴ erhebt, vertritt eine solche Position innerhalb des antikapitalistischen Spektrums. Wie aber selbst das ATTAC-Mitglied Daniel Cohn-Bendit einräumt, ist die Tobintax „harmlos, reformistisch, spielt sich ungefähr auf dem gleichen Level ab wie die Einführung der Erbschaftssteuer“.¹⁵ Trotz dieser eingestandenen Harmlosigkeit hat das Scheitern Oskar Lafontaines mit seinen Vorschlägen zur Regulierung des internationalen Finanzsystems offenbart, auf welchen erbitterten Widerstand bereits bescheidene Reformen stoßen, welche sich der neoliberalen Ideologie des freien Marktes entgegenstellen. Tatsächlich aber waren die tiefgreifenden Strukturveränderungen, die der Kapitalismus seit der Aufkündigung des fordistischen Sozialstaates eingeleitet hat, durchaus auf die Erfordernisse einer postkeynesianischen Kapitalverwertung zurückzuführen: „Deshalb würden“, wie Hansgeorg Conert folgert, „Eingriffe, die die erlangte Autonomie, Dynamik und Flexibilität der Kapitalbewegungen zu begrenzen versuchen, ökonomische und soziale Folgen verursachen und Reaktionen auslösen, die keine bürgerlich-parlamentarische Regierung zu verantworten bereit wäre. Die Chancen der Durchsetzung gradueller Korrekturen am neoliberal entfesselten Kapitalismus sind [...] nicht größer als die einer fundamentalen Erneuerung.“¹⁶ Hiernach läge eine emanzipatorische Perspektive also gerade nicht in dem Wiedereintritt in die ordnungspolitische Ausein-

9 Peter Nowak, Gepflegter Aufstand. Der Salonantikapitalismus treibt seltsame Blüten - die „NoLogo“-Bewegung zum Beispiel, in: Junge Welt vom 3.4.2001, S. 13.

10 Vgl. Diederich Diederichsen, Kritik? Konsequenzen! Lange waren Linke und Hipster nicht mehr so weit voneinander entfernt wie heute. Während die Gründung von Unternehmen mit Glamour aufgeladen wird, bezieht die bürgerliche Presse antikapitalistische Positionen, in: Jungle World 50/2000, S. 28f.

11 Vgl. nur Viviane Forrester, Der Terror der Ökonomie, Wien 1997, Philippe Thureau-Dangin, Die Ellenbogengesellschaft. Vom zerstörerischen Wesen der Konkurrenz, Frankfurt/M. 1998; José Bové, Die Welt ist keine Ware. Bauern gegen Agromultis, Zürich 2001.

12 Udo Wolter, Bewusst wie! Der unheimlichen Verwandtschaft von Globalisierungsgegnern, Islamisten und anderen Feinden des Finanzkapitals ist nur mit Ideologiekritik beizukommen, in: Jungle World 30/2001, S. 5.

13 1998 in Frankreich gegründete und mittlerweile in vielen Ländern vertretene, unter dem Akronym ATTAC (Association pour la Taxe Tobin pour l' aide aux Citoyens = Vereinigung zur Besteuerung der Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger) agierende Bewegung.

14 Vom US-Ökonomen und Nobelpreisträger James Tobin vorgeschlagene Umsatzsteuer auf Devisentransaktionen.

15 Daniel Cohn-Bendit, Der Veteran. Interview, in: Christiane Grefe/Mathias Greffrath/Harald Schumann, Attac. Was wollen die Globalisierungsgegner?, Berlin 2002, S. 202.

16 Hansgeorg Conert, Umriss der Ökonomie eines „möglichen Sozialismus“, in: Iring Fetscher/Alfred Schmidt (Hrsg.), Emanzipation als Versöhnung. Zu Adornos Kritik der „Warentausch“-Gesellschaft und Perspektiven der Transformation, Frankfurt/M. 2002, S. 254f.

andersetzung über das Verhältnis von Markt und Staat. Vielmehr könnte es erstmals um die Einleitung systemtranszendierender Reformen gehen, gerade weil diese kaum illusorischer wären als jene linken Steuerungs- und Regulierungskonzepte, welchen sowohl die geplante Ökonomie des Realsozialismus als auch der staatlich-fordistische Interventionismus des Reformkapitalismus längst zum Opfer gefallen sind. Eine systemtranszendierende Perspektive hingegen könnte sich aus einer produktiven Lesart des Postfordismus ergeben: Denn dieser muss keineswegs nur als Restrukturierungskrise verstanden werden, in welcher die fordistischen Errungenschaften neuen kapitalistischen Entwicklungsweisen weichen mussten; vielmehr kann er auch als Embryonalstadium eines völlig neuen Wirtschafts- und Sozialmodells beschrieben werden, welches aus einer emanzipatorischen Umlenkung eben dieser nachfordistischen Transformationsbahnen hervorgeht. Innerhalb der breit gefächerten antikapitalistischen Diskurslandschaft werden solche Positionen vereinzelt etwa von der durch Toni Negri¹⁷ bekannt gewordenen marxistischen Strömung des Postoperaismus¹⁸ vertreten, der im weiteren als ein möglicher Gegenentwurf zu Vorstellungen eines „modernen Sozialkontraktes“ (Michael Sommer) erörtert werden soll.

Postoperaismus: Aufkündigung des arbeitgesellschaftlichen Vertrages?

Ich sage das, was ich seit den Siebzigern immer schon gedacht habe: Wir leben schon im Kommunismus.¹⁹

Toni Negri, dessen Globalisierungsfibel *Empire*²⁰ als „kommunistische(s) Manifest fürs 21. Jahrhundert“²¹ bezeichnet worden ist, entdeckt im Postfordismus „die Möglichkeit des Kommunismus auf bisher nicht gekanntem Niveau“.²² Negri begründet diese kommunistische Entwicklungslinie mit der Herausbildung eines neuen Verhältnisses von Arbeit und Kapital im Postfordismus, der im Gegensatz zur fordistischen Fabrikdisziplin die Produktion weitgehend der Selbstorganisation der Subjekte überträgt. Dieser Schritt ermöglichte es den Unternehmen, im Zusammenspiel mit einer automatisierten Produktion, bei geringerer Beschäftigtenzahl eine höhere Produktivität zu erzielen. Die Integration qualifizierter Arbeitskräfte bildet die Grundlage der postfordistischen Akkumulation, indem bislang außerkapitalistische Fähigkeiten wie Sprache, Kommunikation und Sozialkompetenz verstärkt in die Produktion eingebracht werden müssen. Im japanischen Automobilbau, wo die Autonomie der (Gruppen-)Arbeit etwa bei Toyota erprobt wurde, oder in Norditalien, wo der Benetton-Konzern nur noch die unterschiedlichen Finanz- und Kommunikationsströme kontrolliert, nicht aber mehr die stoffliche Produktion selbst, waren diese neuen Betriebs-

17 Italienischer Philosoph, der in den 1960er- und 1970er-Jahren maßgeblich den nicht-parteigebundenen Marxismus Italiens bestimmte.

18 Theoretische Weiterentwicklung des italienischen Operaismus (wörtlich: Arbeiterismus) der 1960er-Jahre, der nicht mehr die Partizipation an der kapitalistischen Entwicklung (Mehrwertverteilung, gesellschaftliche Teilhabe etc.), sondern die vollständige Negation der Verhältnisse durch Streik, Verweigerung und Sabotage in den Fabriken in den Mittelpunkt einer revolutionären Strategie setzte.

19 Antonio Negri, „Verlangt das Unmögliche, mit weniger geben wir uns nicht zufrieden“, Interview von Paschutan Buzari und Thomas Atzert, in: *Die Beute* 4/1996, S. 106.

20 Michael Hardt/Antonio Negri, *Empire*, Cambridge/London 2000.

21 Slavoj Žižek, *Die ganze Welt ist aus den Fugen. „Empire“*. Haben Michael Hardt und Antonio Negri das Kommunistische Manifest fürs 21. Jahrhundert verfasst?, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 13.4.2000, S. 18.

22 Antonio Negri/Michael Hardt, *Die Arbeit des Dionysos. Materialistische Staatskritik in der Postmoderne*, Berlin 1997, S. 22.

weisen als ein Ausweg aus der fordistischen Krise gedacht. Auch wenn sich die Produktionsweise der Selbstorganisation nicht überall durchsetzen konnte, z.T. gar eine Rücknahme posttayloristischer Gruppenarbeit zu beobachten ist,²³ so kann sie doch in einem paradigmatischen Sinne als Kontext verstanden werden, innerhalb dessen neue Formen der Unabhängigkeit von den Zwängen der Kapitalverwertung entwickelt werden könnten. Grundlage der Selbstverwertung soll der „General Intellect“ (Karl Marx) sein, also gewissermaßen jene Kollektivintelligenz, welche sich durch die Integration wissenschaftlicher Arbeit in die industrielle wie postindustrielle Produktion im Postfordismus herausgebildet hat, und eine weitgehend autonome betriebliche Fertigungsweise ermöglicht, zugleich aber auch ein nachkapitalistisches, emanzipatorisches Potenzial in sich birgt. Kritiker wie der Sozialphilosoph André Gorz, die ebenfalls den Doppelcharakter der postfordistischen Arbeitsorganisation anerkennen, gehen davon aus, dass das Befreiungspotenzial des Post-Taylorismus ausschließlich in der Überwindung der kapitalistischen Fertigungsweise zu verwirklichen sei, weil sich das Kapital gegen die vermeintliche Binnen-Autonomie mit aufwändigen Kontrollmechanismen absichere.²⁴ Für Toni Negri hingegen ist eine emanzipatorische Entwicklung bereits zwingend, gerade weil dem Kapital die Kontrolle der außerkapitalistischen Vermögen letztlich verwehrt bleibt. Dieses übe eine lediglich noch parasitäre Funktion im Sinne „des Buchhalters und Verwalters der autonomen Selbstorganisation der Arbeitskraft“²⁵ aus. Gleiches gelte für den Staat, „der nicht mehr fähig ist, die Arbeit zu organisieren, sie über die Institutionen der zivilen Gesellschaft einzubinden und zu disziplinieren“.²⁶ Die ökonomische und soziale Selbstorganisation der Subjekte könnte sich jenseits dieser quasi-post-parasitären Verwertungsform von Staat und Kapital ansiedeln, wenn sie deren Anerkennung verweigert und an ihre Stelle die autonome Selbstverwertung setzt.

Folgt man der Perspektive der postkapitalistischen Selbstorganisation und -verwertung, dann wäre die Idee der Erneuerung eines Gesellschaftsvertrages, ungeachtet seiner Realisierungschancen, vollkommen hinfällig. Denn während der Klassenkompromiss im sozialistischen wie sozialdemokratischen Sinne etatistisch zu organisieren war, würde das Prinzip der Selbstverwertung die völlige Abkehr von der Eroberung des Staates bedeuten. Streben zivilgesellschaftliche Entwürfe, wie sie sowohl im reformsozialistischen als auch im bürgerlichen Lager in Anknüpfung an Antonio Gramsci verhandelt werden, die Erlangung kultureller und politischer Hegemonie an, so soll sich eine neue politische Bewegung eben nicht mehr *über* den Staat, sondern in einer Fluchtlinie *weg* vom Staat konstituieren. Der Postoperatismus bezeichnet eine solche politische Bewegungsform als Multitude (in etwa: Menge, Vielheit). Dieser Begriff steht für eine neue Form der (politischen) Subjektivität, die auf der postmodernen Vorstellung gründet, dass es kein absolutes Machtzentrum (Staat, Kapital), sondern nur multiple und diffuse Erscheinungsformen von Macht gibt. Die Multitude ersetzt so die staatszentrierten Theorien des Liberalismus (Individuum) und des Sozialismus (Kollektiv), die soziale Handlungen nur im Bezug auf den Staat denken können. Neben dieser Modifikation des traditionellen Marxismus nimmt die Multitude die marxische Politikauffassung wieder auf, „nach der das Ziel der Organisation nicht darin besteht, Staat zu werden, um die Staatsmacht zu erobern, sondern darin, eine andere gesellschaftliche Konstitution zu

23 Vgl. Roland Springer, Rückkehr zum Taylorismus? Arbeitspolitik in der Automobilindustrie am Scheideweg, Frankfurt/M. 1999.

24 Vgl. André Gorz, Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/M. 2000, S. 54.

25 Negri/Hardt, Dionysos, S. 142.

26 Negri/Hardt, Dionysos, S. 146.

verwirklichen“.²⁷ Während herkömmliche, binnenmoderne Formen der politischen Organisation auf Identität, d.h. auf die exklusive Einbindung einzelner Individuen setzen, denkt die Multitude das Subjekt als Element unterschiedlichster Organisationen im Sinne einer „Multi-Zugehörigkeit“.²⁸ Als Vorbild für diese anti-identitären Zusammenschlüsse dienen die Akteure der französischen Streikbewegung im Jahr 1995, in der nicht mehr die alten Organisationsformen der Industriearbeit reproduziert wurden, sondern Arbeiter, Arbeitslose, prekär Beschäftigte, Intellektuelle und Gewerkschaftler sich zum Protest gegen die Politik des Neoliberalismus zusammenschlossen. Die immaterielle und Wissensarbeit, die in der postindustriellen Informationsgesellschaft einen wachsenden Anteil an der Wertschöpfung ausmacht, soll den personellen Kern der Multitude bilden, bestehend aus dem neuen Medienproletariat, das direkt oder indirekt mit der Wissensarbeit verbunden ist, einerseits und jener zahlenmäßig kleineren Schicht aus gescheiterten „Symbolanalytikern“ (Robert Reich), welche im Zuge der ideologischen und strukturellen Krise der New Economy ihre freigesetzten Kompetenzen in den Diskurs der Selbstorganisation mit einbringen könnten, andererseits.²⁹

Die Selbstausbildung ist das zweite, entscheidende Merkmal des politischen Zusammenschlusses: Waren die sozialen Bewegungen der 1970er-Jahre (Anti-Atom etc.) noch auf die Inanspruchnahme von externen wissenschaftlichen Expertisen angewiesen, so zeichnen sich die neuen politischen Subjekte dadurch aus, dass sie durch Selbststudium ein eigenes Expertentum entwickeln können, so wie man es etwa bei AIDS-Aktivist*innen seit den 1980er-Jahren beobachten kann.³⁰

Eine Debatte über die Möglichkeiten der Selbstorganisation aufgrund des allgemeinen Qualifikationsniveaus sowie des gesellschaftlichen Potenzials, das aus der kommunistisch gewendeten Anwendung der Mikroelektronik und der neuen Informationstechnologien erwachsen könnte, ist längst am Werk.³¹ Sie wird nur von den konventionellen Medienströmungen (zumindest unter diesen Gesichtspunkten) kaum transportiert. Der hier umrissene Postoperatismus ist da nur ein Beispiel von vielen; und auch wenn seinem geradezu euphorischen Diskurs der Selbstorganisation mangelnde Realitätstüchtigkeit attestiert wird - er macht deutlich, in welche grundsätzliche Richtung neue politische Bewegungsformen und alternative Sozialentwürfe überhaupt wieder gedacht werden könnten. Nachkapitalistische Positionen nach 1989 werden nur dann wieder an Attraktivität gewinnen, wenn sie die Fantasielosigkeit des marktaxiomatischen Denkens freilegen, zugleich aber auch die nostalgische Staatsfixiertheit neuerlicher Regulationsutopien hinter sich lassen.

27 Maurizio Lazzarato, Klassenkampf in der Postmoderne, in: Die Beute 2/1996, S. 16f.

28 Maurizio Lazzarato, Unterwegs im biopolitischen Raumschiff. Eine französische Zeitschrift macht sich auf den Weg in die Galaxien minoritärer Kämpfe. Wie denkt man ohne Dialektik, wie kämpft man ohne Partei, wie begreift man Biomacht und Kontrollgesellschaft? Mit multitudes-Mitherausgeber Maurizio Lazzarato sprach Stephan Geene, in: Jungle World 27/2000, S. 29.

29 Vgl. Franco Berardi, Net-Sklaven aller Länder, vereinigt euch!, in: tageszeitung vom 11.9.2001, S. 15.

30 Vgl. Negri/Hardt, Dionysos, S. 18.

31 Vgl. exemplarisch Arno Peters, Was ist und wie verwirklicht sich Computersozialismus? Gespräche mit Konrad Zuse, Berlin 2000; Helmut Dunkhase, Kommunismus = Sowjet + Internet, in: Marxistische Blätter 3/2000, S. 80-86; Christian Fuchs, Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse heute und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen, Wien 2001; Slavoj Žižek, Wir sind alle arbeitslos. Unter neuen Bedingungen dem Alten treu bleiben: Wie Lenin einmal das World Wide Web erfand, in: Frankfurter Rundschau vom 27.4.2001, S. 19.